

P R E S S E E R K L Ä R U N G

der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD und West-Berlin

12.8.1990

Am 17.8.90 um 9,00 Uhr findet vor dem Amtsgericht Köln, Luxemburgerstr. 101, Zimmer 13, Erdgeschoß, der Prozeß gegen Heidi Hinrichsen (für die Gruppe der Angehörigen) und gegen Christiane Schneider (für den GNN-Verlag) statt. Die Anklage heißt "Verunglimpfung des Staates nach § 90 a."

Der Hintergrund:

Am 16.12.1989 haben wir, die Angehörigen, eine Presseerklärung im Angehörigeninfo Nr. 30 veröffentlicht. Sie ist Gegenstand der Anklage.

Die kriminalisierte Presseerklärung wurde nach der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, verfasst. Damals ist mit einer Welle von Repressalien gegen die politischen Gefangenen vorgegangen worden - Zellenrazzien, Trennung untereinander und von anderen Gefangenen, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, Besuchsverbote, Rolf Heissler wurde in den Hochsicherheitstrakt verlegt. Begleitend zu diesen Maßnahmen wurden in den Medien die politischen Gefangenen als die Verantwortlichen für die Aktion dargestellt.

Das alles müssen wir Angehörigen als Zeichen höchster Gefahr interpretieren, da wir in den letzten 18 Jahren immer wieder die Erfahrung gemacht haben, daß Angriffe gegen die Gefangenen bis hin zu ihrer Vernichtung stets durch entsprechende Medienkampagnen vorbereitet wurden.

Wir haben in unserer damaligen Presseerklärung an die Erfahrungen erinnert, die wir meinen: die Ermordung von Ulrike Meinhof 1976, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert, den Mordversuch an Irmgard Möller, im Herbst 1977.

Diese Tatsachen sollen nach dem Willen der politisch Verantwortlichen endlich aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit getilgt werden. Wir Angehörige als unmittelbar Betroffene können und werden dazu nicht schweigen. Wir werden weiterhin für die Wahrheit stehen.

Der Prozeß richtet sich gegen das Angehörigeninfo als Quelle authentischer Informationen über die Situation der Gefangenen, gegen unsere Aktivitäten als Angehörige, um unsere Schutzfunktion für die Gefangenen anzugreifen. Das wird auch daran deutlich, daß die Veröffentlichung derselben Presseerklärung in anderen Zeitungen bislang nicht kriminalisiert wurde - das gezielte Vorgehen nur gegen uns soll Solidarisierungseffekte anderer Presseorgane vermeiden.

Das Verfahren jetzt vor dem Amtsgericht in Köln steht in einer ganzen Reihe von Kriminalisierungsversuchen und Verurteilungen die darauf abzielen uns Angehörige einzuschüchtern, mit hohen Geld- und/oder Gefängnisstrafen unsere Arbeit zu blockieren um so unsere Berichte aus den Knästen zu unterdrücken, und unseren Kampf für die Zusammenlegung.

In den letzten Monaten wurde ein Verfahren nach § 90a gegen das Angehörigeninfo eingestellt, eines endete mit Freispruch, und ein weiteres Verfahren wegen § 90a ist im Ermittlungsstadium.

Der Angriff der Justiz gegen das Angehörigeninfo als Presseorgan sollte die besondere Aufmerksamkeit und das kritische Interesse der übrigen Presse finden und dies sollte auch in entsprechenden Veröffentlichungen zum Ausdruck kommen.

Unsere Adresse: Postlagerkarte 0502050, 7500 Karlsruhe 1

Angehörigen

Info 30

G 10228 D
21.12.1989

Herausgegeben von den Angehörigen
der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen von Angehörigen

Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, 16.12.

Wir sind in großer Sorge um unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen in der BRD. Seit der Aktion gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, vom 30.11.89 ist materiell und propagandistisch ein von der Bundesanwaltschaft gesteuertes Projekt angelaufen, das darauf zielt, die Gefangenen für diese und künftige Aktionen der Guerilla verantwortlich zu machen. So wurden wenige Stunden nach der Aktion bei 26 Gefangenen aus RAF und Widerstand auf Veranlassung der BAW Zellenrazzien durchgeführt, die Gefangenen wurden sofort voneinander und von anderen Gefangenen isoliert, einige wurden in Bunkerzellen gebracht, geplante Besuche durften nicht stattfinden, Rolf Heißler wurde in den Hochsicherheitsstrakt verlegt. Seine Rückverlegung wird davon abhängig gemacht, daß er sich von der Aktion distanziert.

Zur Begründung diente der BAW ein Brief des Gefangenen Helmut Pohl von Ende Oktober 89, der eine Einschätzung zu den Haftbedingungen und deren Veränderungen nach dem letzten Hungerstreik der Gefangenen enthält und der auf dem ganz normalen, zornigen aus der Anstalt gefangte, d.h. über die Anstaltszinsen.

Auch in den Medien wurde sofort und einseitig behauptet, daß die Gefangenen für die Aktion verantwortlich seien. Heute sind wir nach der ersten Meldung dazu dringen sie Helmut Pohl dann in Zusammenhang; in dauernder Wiederholung unserer Funk und Fernsehen aus dem Zusammenhang gerissene, sinnentstellende und verächtliche Passagen aus dem Brief; im TV wird dazu jeweils Helmut Pohl abgebildet. Schon am 16.11.1989 hatte die Tageszeitung „Die Welt“ Helmut Pohl auf gleiche Weise benutzt, um zu suggerieren, daß die politischen Gefangenen und die Guerilla umfaßt gemeinsam auf eine Aktion gearbeitet wurden.

An dieser propagandistischen Linie hat sich im wesentlichen auch nichts dadurch geändert, daß Teile des Sicherheitsapparats und der

Medien inzwischen Helmut's Brief nicht mehr als „Auslöser“ oder „Anweisung“ für die Aktion interpretieren konnten, nachdem bekannt geworden war, daß die Vorbereitungen dazu lange vor der Veröffentlichung des Briefs begonnen hatten. Inzwischen wird Günter Sonnberg mittels eines angeblichen Zellenfundes als weiterer Mitwisser und Verantwortlicher für die Aktion aufgebaut. Abgesehen davon, daß Günter schon immer den besonderen Haß der BAW auf sich gezogen hat, hat dies seinen Grund sicher auch darin, daß seit Monaten eine Kampagne zu seiner Freilassung läuft.

Daß der Staat als Reaktion auf die Aktion gegen Herrhausen sofort gegen die Gefangenen losgeschlagen hat, zeigt, daß er sie nach wie vor im Geisestatus hält. Diese Situation jetzt beunruhigt uns in hohem Maße. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß das amtliche Konstrukt der „Zellensteuerung“ und die in den Medien damit einhergehende Diffamierungskampagne gegen die Gefangenen in zugespitzten Situationen schon mehrfach dazu gedient haben, die Gefangenen massiv physisch anzugreifen bis hin zum Mord. Wir erinnern an den Mord an Ulrike Meinhof im Mai 76, dem eine jahrelange Hetzkampagne gegen sie vorausging. Und wir erinnern an den Mord an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Ingrid Schubert und den Mordversuch an Irmgard Möller im Herbst '77, die vorbereitet wurden durch eine von der gesamten staatsloyalen Öffentlichkeit betriebene und getragene Kampagne, in der sie als Drahtzieher der damaligen Aktionen der RAF dargestellt und ihnen jedes Recht auf menschliche Existenz abgesprochen wurde. Wenn heute der SPD-Vorsitzende Hans-Joachim Vogel,

damals als Bundesjustizminister einer der Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung, nach der Aktion gegen Herrhausen sagt, die Situation sei wie 77, damals seien sie damit fertig geworden und heute würden sie es auch, meint er genau diese „Lösung“ — sich in den Gefangenen zu rächen.

Aber es wird entscheidend von uns abhängen, wie der Staat jetzt weiter mit den Gefangenen umgeht. Aus diesem Grunde halten wir es in der aktuellen Situation für besonders wichtig, die Entwicklung in den Gefängnissen genau zu verfolgen und den Kampf für die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen verstärkt weiterzuführen. Denn nur so können wir den Gefangenen Schutz bieten und der Herrschaftslogik entgegenwirken. Gerade damit sind wir als Angehörigen-Gruppe den Staatsapparaten ein Dorn im Auge. Besonders jetzt, nachdem der letzte Hungerstreik der Gefangenen eine Mobilisierung erreicht hat, die es politischen Opportunisten gestattet hat, ihre Forderungen und die Unterstützung darüber umzusetzen, und wir uns für die Gefangenen, und Anwälte, die sie nicht kennen, kämpfen. Wenn die Herrschaft sich bemüht, die Gefangenen zu isolieren, dann unterstützen wir die Solidarität zwischen den Gefangenen aus der Solidarität heraus. Die Herrschaft will die Haftbedingungen jetzt wieder verschärfen. Das bedeutet die Tausche, daß wir den Gefangenen Helmut Pohl in Zusammenhang bringen lassen, zum Inhalt, um und die Info zu verbreiten, um die Gefangenen „Anführer“ oder „Zugewandte“ der Aktion dargestellt werden zu lassen, die uns die Möglichkeit nehmen, den politischen Kampf und die Situation der Gefangenen zu beheben, um die Verantwortlichkeiten an ihnen weiterführen zu können. Sie können uns aber nicht einschüchtern. Gemeinsam werden wir die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen durchzusetzen!